

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5538

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5538



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

**Klimapolitik
heisst
Industriepolitik**

**Stahlindustrie
BLEIBT!**



**Der Klimastreik war ein präsender
Akteur in den Kämpfen gegen die
Entlassungen bei den Stahlwerken
in Gerlafingen und Emmenbrücke im
Herbst 2024 und Frühjahr 2025. Wir
ziehen Bilanz zu unserer Beteiligung
an diesen Kämpfen und blicken in
die Zukunft.**



Inhalt

2	Von wo kommen wir?
6	Die Stahlindustrie
10	Chronologie der Ereignisse und Tätigkeiten
17	Bewertung und Fazit
26	Ausblick

Der Klimastreik war ein präsender Akteur in den Kämpfen gegen die Entlassungen bei den Stahlwerken in Gerlafingen und Emmenbrücke im Herbst 2024 und Frühjahr 2025. Wir ziehen Bilanz zu unserer Beteiligung an diesen Kämpfen und blicken in die Zukunft.

9. November 2024 - Zur sichtbaren Verwunderung vieler Anwesender ist inmitten hunderter Stahlarbeiter*innen und der solidarischen Dorfbewölkerung auch eine Delegation des Klimastreiks an der Demonstration für den Erhalt des Stahlwerks in Gerlafingen anzutreffen. Dieser Tag markierte den sichtbarsten Ausdruck einer monatelangen Zusammenarbeit zwischen Stahlarbeiter*innen, Gewerkschaften und der Klimabewegung, die viele Entlassungen verhindern konnte. In diesem Text gehen wir auf die Hintergründe davon ein, erläutern, was wir alles gemacht haben, ziehen Bilanz und blicken in die Zukunft. Die Ausführungen sollen keine wissenschaftliche Abhandlung, sondern ein Erfahrungsbericht, aus der Bewegung für die Bewegung, sein.

Von wo kommen wir?

Die erste Zusammenarbeit zwischen Klimastreik und Gewerkschaften fand bereits statt, als die Bewegung noch in den Kinderschuhen steckte. So forderte etwa der VPOD, Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst, im Rahmen der ersten Schulstreiks, dass die Schüler*innen nicht sanktioniert werden sollen.

Ab Mitte 2019 vertraten zahlreiche Aktivist*innen den Standpunkt, dass das Mittel der Schulstreiks nicht ausreichen würde, um die Ziele des Klimastreiks zu erreichen. Die Bewegung hatte es geschafft, das Thema Klima ganz oben auf die politische Agenda zu rücken, und es folgten zahlreiche politische Stellungnahmen. Konkrete Massnahmen blieben aber aus oder waren nicht ambitioniert genug. Teile der Bewegung schlossen daraus, dass massenhafte Streiks am Arbeitsplatz die Machtverhältnisse zugunsten der Klimabewegung verschieben könnten. Ende 2019 und Anfang 2020 wurden an verschiedenen Orten in der Schweiz Gruppen der “Workers for Future”, die gemeinsam mit Vertreter*innen der Gewerkschaften (VPOD, Unia, SUD, Syna...) und des Klimastreiks den

“Strike for Future” bildeten, gegründet. Von Anfang an hatten die Gruppen der Workers for Future geplant, die Forderungen von den betroffenen Arbeiter*innen auf lokaler Ebene ausarbeiten zu lassen.

Für einen ersten Aktionstag einigten sich die verschiedenen Akteur*innen des Strike for Futures auf das Datum des 15. Mai 2020. Innerhalb des Klimastreiks wurde für dieses Datum ein Generalstreik angestrebt. Obwohl ein solcher realistischerweise nicht abzusehen war, wurde die Mobilisierung ernsthaft vorbereitet. Zahlreiche Aktionen an Arbeitsplätzen und Demonstrationen in fast allen Regionen der Schweiz waren geplant.

So waren im März 2020 an dutzenden Orten in der Schweiz Klimaversammlungen geplant, die durch den Klimastreik, Gewerkschaften und Einzelpersonen organisiert wurden. Die Klimaversammlungen waren für den 15. März geplant. Wegen der Corona-Pandemie wurden Schulen und viele Unternehmen ab dem 16. März geschlossen. Die meisten Klimaversammlungen fielen aus.

In der neuen Situation wurde es schwieriger, Sitzungen abzuhalten, die Gewerkschaften widmeten sich anderen Aufgaben und Massendemonstrationen konnten nicht durchgeführt werden. Am 15. Mai 2020, dem ursprünglichen Streik-Datum, gab es daher nur sehr wenige Aktionen an Arbeitsplätzen und die Demonstrationen wurden durch kleine Versammlungen ersetzt, die vor allem symbolischen Charakter hatten – zum Beispiel durch eine kollektive Lärm-Aktion um 11:59, um auf den Klimanotstand aufmerksam zu machen. Die Aktionen waren gleichzeitig zahlreich und die Teilnehmer*innenzahlen können in Anbetracht der Umstände als positiv bewertet werden.

Die Initiative versandete nicht. Die Gruppen, welche sich als Teil des Strike for Future verstanden, kamen weiterhin an Sitzungen zusammen und der Klimastreik organisierte Demonstrationen im September 2020.

Am 21. Mai 2021 sollte der geplante Aktionstag von 2020 in seiner angedachten Form nachgeholt werden. Über 150 Lokal- und Regionalgruppen führten Aktionen durch. Es gab zahlreiche Demonstrationen und einige wenige Aktionen an Arbeitsplätzen, insbesondere von VPOD, SEV und Unia, – manchmal in Zusammenarbeit mit dem Klimastreik.

Obwohl massiv mobilisiert wurde, gab es nur wenige Aktionen an Arbeitsplätzen und keinen längeren ökonomischen Streik. Die Umsetzung der Kampagne, wie sie vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie konzipiert wurde, musste stark abgeändert werden.

Der Strike for Future führte seine Arbeit auf nationaler Ebene fort und im April 2022 folgte erneut eine grosse Mobilisierung. Kurz zuvor fand im Februar in der Westschweiz ebenfalls eine Mobilisierung gegen die Erhöhung des Rentenalters der Frauen statt. Aber auch 2022 gab es nur vereinzelt Aktionen an Arbeitsplätzen, wie z. B. des SEV in verschiedenen Städten an Bahnhöfen. Im Anschluss wurde die nationale Koordination des Strike for Future und die Arbeit der meisten Regionen- und Lokalgruppen pausiert oder eingestellt.

Das Ziel des Strike for Futures, durch Arbeitsniederlegung Forderungen zur Bekämpfung der Klimakrise realisieren zu können, wurde nicht erreicht. Die Zusammenarbeit von Klimastreik und Gewerkschaften wurde weitergeführt, jedoch vor allem bilateral. Die Klimafrage wurde zune-

hmend Teil der gewerkschaftlichen Forderungen, zum Beispiel in den GAVs oder im Rahmen spezifischer Kampagnen. Zwar haben die ökologischen Forderungen in den Gewerkschaften an Gewicht gewonnen, sie werden jedoch in einem sehr institutionalisierten Rahmen behandelt.

Damit scheiterte für den Moment auch die Strategie der Klimabewegung, mit Gewerkschaften und Arbeiter*innen zusammenzuarbeiten. Ein zentraler Grund dafür ist, dass die konkreten Kämpfe, in denen materielle Interessen der Arbeiter*innen und eine progressive Klimapolitik zusammengeführt werden können, fehlten. Gleichzeitig sind ökologische Fragen bei der Arbeit sehr nahe und spürbar. Der Soziologe Simon Schaupp definiert die Arbeit gar als Stoffwechsel mit der Natur. Das Potential für solche Kämpfe war also immer da, der Wille von Gewerkschaften und in Teilen auch der Klimabewegung fehlte aber, diese konsequent herbeizuführen.

Die Stahlindustrie

Um die Kämpfe in der Schweizer Stahlindustrie verstehen zu können, muss zuerst ein Blick auf deren Ausgangslage geworfen werden. Die globale Stahlindustrie leidet seit Jahren unter massiver Überproduktion. Staaten wie China haben Kapazitäten aufgebaut, die weit über den Eigenbedarf hinausgehen – unterstützt durch staatliche Subventionen. In einem deregulierten Weltmarkt führt das zu einem ruinösen Wettbewerb. Die Staaten mit der höchsten Stahlproduktion sind fast durchweg geopolitische Grossmächte wie China, die USA, oder Russland. Sie alle verfolgen eine rege Industriepolitik in unterschiedlicher Intensität, welche ihre Firmen und Konzerne auf dem Weltmarkt absichern sollen – nicht so die Schweiz. Stattdessen schreitet hierzulande die Deindustrialisierung der Volkswirtschaft voran.

Mit den zwei letzten verbleibenden Stahlwerken in Gerlafingen und Emmenbrücke bildet Stahl keinen strategisch wichtigen Zweig mehr für den Schweizer Staat. Die Stahlproduktion wird deshalb dem Markt überlassen und der “freie Markt” straft jene, die nicht auf Kosten von

Mensch und Umwelt produzieren. Die relativ guten Arbeitsbedingungen und hohen Lohnkosten, sowie die beträchtliche Menge des “grünen”, rezyklierten Stahls treiben die Produktionskosten in die Höhe und machen den schweizerischen Stahl unprofitabel. Die Stahlindustrie in der Schweiz ist damit doppelt gefangen – im Zangengriff einer globalen Überproduktionskrise und einer nationalen Politik, welche die industrielle Infrastruktur nicht als öffentliches Gut, sondern als betriebswirtschaftliches Risiko behandelt. Auch der (weitere) ökologische Umbau der Stahlindustrie wird diese unter den momentanen Bedingungen vor weitere grosse Probleme stellen, wie die Journalistin Alex Tiefenbacher in im Meinungsartikel “Stahl für die Gesellschaft statt den Markt” erklärt: Erstens kostet die Dekarbonisierung viel Geld und zweitens muss insgesamt so wenig Stahl wie möglich produziert werden. Dadurch kann die Stahlproduktion nicht profitabel sein.

Aus ökologischer Sicht wäre ein Ende der Schweizer Stahlproduktion schädlich. Dies ist primär bedingt durch Faktoren in der Stahlproduktion und dem Transport. Die Alternative einer vollständig ins Ausland verlagerten Produktion würde bedeuten, dass sowohl der gesamte schweizerische Stahlschrott exportiert, als auch der gesamte in der Schweiz genutzte Stahl importiert werden müssen. Die Konsequenz wären tausende zusätzliche Lastwagenfahrten über die Landesgrenzen. Ausserdem rezyklieren die Schweizer Stahlwerke eine beträchtliche Menge an Stahl mit Elektrolichtbogenöfen, die Stahlschrott einschmelzen und für neue Produkte nutzbar machen. In der Produktion dieses “Elektrostahls” wird beträchtlich weniger CO₂ freigesetzt, als in der herkömmlichen Stahlproduktion. Denn im Gegensatz zur klassischen Hochofenmethode, bei der Koks aus Kohle sowohl als Brennstoff als auch zur chemischen Reduktion von Eisenerz gebraucht

wird, entfallen bei der Elektrostahlproduktion diese energie- und ressourcenintensiven Schritte vollständig.

Zudem können Elektrolichtbogenöfen, wie dies bei Steeltec Emmenbrücke der Fall ist, weitgehend durch erneuerbare Energie betrieben werden. Solche Recyclingmethoden, kombiniert mit kürzeren Transportwegen für Baumaterialien und deren Entsorgung, sind wichtige Elemente einer Kreislaufwirtschaft.

Abgesehen von der gemeinsamen Herstellungsweise unterscheiden sich die beiden Schweizer Stahlwerke aber deutlich. Stahl Gerlafingen, in Besitz der italienischen Beltrame-Gruppe, produziert vor allem rezyklierten Bau- und Bewehrungsstahl und damit klassische Massenprodukte, die in der Bau- und der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Verwendung finden. Diese Produkte sind einem hohen Preisdruck ausgesetzt. Zwar beliefert Gerlafingen hauptsächlich den Schweizer Markt, doch auch hier führt die internationale Konkurrenz zu einem Preisdruck, dem Schweizer Standorte kaum Stand halten können.

Steeltec in Emmenbrücke ist Teil der international agierenden Swiss Steel Group. In Emmenbrücke hat sie auch ihren Hauptsitz. Die 130 Vollzeitstellen, die in Emmenbrücke gestrichen werden sollten, waren Teil einer breiteren Restrukturierung, welche insgesamt die Streichung von 800 Vollzeitstellen vorsah, v. a. in Frankreich und Deutschland. Das Werk in Emmenbrücke ist auf die Herstellung von hochwertigem Edel- und Werkzeugstahl spezialisiert. Diese Produkte finden primär Absatz in der Maschinen-, Automobil- und Energieindustrie, die selbst im Umbruch sind: Überproduktion, die Zollpolitik der neuen Trumpf-Regierung, ökologischer Umbau dieser

Wirtschaftssektoren und eskalierende geopolitische Krisen machen die Absatzmärkte unsicher.

Chronologie der Ereignisse und Tätigkeiten

Im April 2024 kündigten die jeweiligen Geschäftsleitungen an, dass eine Produktionsstrasse beim Stahlwerk Stahl Gerlafingen und ein ganzer Produktionsstandort des Glasrecyclers Vetropack geschlossen werden sollen. In Reaktion darauf formulierte die grösste Gewerkschaft der Schweiz, die Unia, die Forderung nach einer staatlichen Industriepolitik, die insbesondere die für den ökologischen Umbau notwendige Industrie unterstützt. Der Klimastreik schloss sich diesen Forderungen an. Wir forderten in einem Positionspapier die Vergesellschaftung der beiden, sich in finanzieller Schieflage befindenden Stahlwerke, sollten diese Entlassungen aussprechen.

Auf diese Forderungen folgten diverse parlamentarische Vorstösse, die Staatshilfen für die Stahlindustrie forderten und im Verlauf des Jahres noch äusserst relevant werden sollten. Öffentliche Mobilisierungen von Gewerkschaftsseite und Aktionen des Klimastreiks, die über das Verfassen des Positionspapiers hinausgingen, gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Die Entlassungen und die Schliessung der Produktionsstrasse bei Stahl Gerlafingen

konnten so nicht verhindert werden.

Am 11. Oktober 2024 kündigte Stahl Gerlafingen an, weitere 120 Arbeiter*innen entlassen zu wollen. Die Unia intensivierte daraufhin ihre Forderungen nach staatlichen Massnahmen, um die Arbeitsplätze und zentrale Infrastruktur der Kreislaufwirtschaft zu retten. Der Klimastreik bekundete in einer Medienmitteilung öffentlich seine Solidarität mit den Arbeiter*innen und unterstützte die klimapolitischen Forderungen der Unia. Es wurde die Notwendigkeit der Abkehr von der Profitlogik betont. Dieser Wandel soll durch einen ökologischen und zugleich sozialen Umbau der Industrie, in Kombination mit der Vergesellschaftung der ganzen Wirtschaft, vorangetrieben werden.

Eine Woche nach dieser Medienmitteilung fand in Bern der erste öffentliche Protest der Arbeiter*innen statt. Fast die ganze Belegschaft von Stahl Gerlafingen war auf dem Bundesplatz präsent. Eine Delegation nahm Verhandlungen mit Bundesrat und Parlament auf. Auf dem Bundesplatz konnte der Klimastreik eine Rede halten und war mit mehreren Mitgliedern präsent.

Als nächsten Schritt plante die Belegschaft mit den Gewerkschaften eine Kundgebung vor dem Stahlwerk in Gerlafingen, die am 9. November stattfinden sollte. Der Klimastreik mobilisierte intensiv für die Kundgebung und machte auf eine Petition der Gewerkschaften aufmerksam, welche den Erhalt aller Arbeitsplätze forderte.

Am Tag der Kundgebung kamen die gesamte Belegschaft, ihre Familien und Teile der Dorfbevölkerung vor dem Stahlwerk in Gerlafingen zusammen. Der Klimastreik war mit mehreren dutzend Personen vor Ort vertreten. In

einer kämpferischen Rede und auf einem Hochtransparent forderten wir eine sozial-ökologische Industriepolitik und Solidarität mit den kämpfenden Arbeiter*innen. Es wurde aktiv das Gespräch mit den Arbeiter*innen gesucht und erste Kontakte konnten geknüpft werden.

Wenige Tage nach der Kundgebung gab der Stahlkonzern Swiss Steel am 15. November bekannt, beim Stahlwerk Steeltec in Emmenbrücke 130 Arbeitsplätze abbauen zu wollen. Noch am selben Tag verurteilte der Klimastreik die geplanten Entlassungen in einer Medienmitteilung. Nebst den Entlassungen in Emmenbrücke sollten aber auch bei anderen Werken der Swiss Steel Group in Deutschland und Frankreich Stellen abgebaut werden. In der Folge wurde versucht, Kontakte zu ökologischen Gruppierungen in der Nähe der mutmasslich betroffenen Werke aufzunehmen.

Es gab im Klimastreik in diesen Wochen intensive Diskussionen über die Entlassungswellen. Ein Ergebnis war ein Gastbeitrag auf der Newsplattform Nau.ch, in dem auf die Bedeutung der Stahlproduktion für die Energiewende aufmerksam gemacht wurde.

Auf der parlamentarischen Ebene intensivierten sich die Bemühungen, die Massenentlassungen zu verhindern und die Stahlwerke zu retten. Stahl Gerlafingen teilte daraufhin am 20. November mit, die Entlassungen vorerst zurückzunehmen und die Entscheide der Politik abzuwarten.

Seitens Swiss Steel / Steeltec in Emmenbrücke gab es hingegen keine entsprechenden Reaktionen. Deshalb mobilisierten die Belegschaft und Gewerkschaften zu einer Demonstration am 7. Dezember nach Emmen-

brücke. Der Klimastreik rief öffentlich zur Teilnahme auf und organisierte eine gemeinsame Anreise aus verschiedenen Städten.

Die kämpferische Demonstration trotzte dem regnerischen Wetter. Der Klimastreik war, wie in Gerlafingen, mit einer Rede und einem Hochtransparent präsent. Auch in Emmenbrücke wurde der Kontakt mit den Arbeit*innen gesucht. Es gab viele angeregte Gespräche und die Arbeiter*innen schienen dankbar für die Unterstützung.

Kurz vor Weihnachten entschloss sich das Parlament, mit Staatshilfen den Stahlwerken unter die Arme zu greifen. Die finanzielle Unterstützung wurde an folgende Bedingungen geknüpft: Standortgarantie für die unterstützten Werke, einen Fahrplan zur CO₂-Reduktion, ein Dividendenverbot für die Aktionär*innen sowie ein Boniverbot für das Management.

Der Erfolg war das Ergebnis des beständigen und offensiven Kampfes der Belegschaften von Stahl Gerlafingen und Steeltec Emmenbrücke. Erstere konnten den Abbau von Arbeitsplätzen deshalb endgültig verhindern. Die Geschäftsleitung von Steeltec hingegen reagierte zurückhaltend auf die angekündigten Staatshilfen.

Die neue Ausgangslage analysierte der Klimastreik am 6. Januar 2025 in einem weiteren Gastbeitrag auf der Newsplattform Nau.ch. Zum einen wurde die Bedeutung des Fachwissens der Arbeiter*innen für den notwendigen ökologischen Umbau der gesamten Industrie hervorgehoben. Zum anderen wurde die Unternehmensleitung von Steeltec in die Pflicht genommen, die mit den staatlichen Hilfen verbundenen Anforderungen zu erfüllen.

Die Chefs von Swiss Steel / Steeltec verweigerten sich dem jedoch. Am 14. Januar 2025 teilte der Konzern mit, am Abbau der 130 Arbeitsplätze festhalten zu wollen. Sowohl der Klimastreik als auch die Gewerkschaften kündigte gleichentags Widerstand gegen den Entscheid an. Letztere teilten mit, am 17. Januar an einer Personalversammlung mit der Belegschaft das weitere Vorgehen besprechen zu wollen.

Bis zu diesem Zeitpunkt koordinierten sich Klimastreik und Unia vor allem über eine Person, die gleichzeitig im Klimastreik aktiv war und bei der Unia arbeitete. Dieser Kommunikationsweg wurde nie formell als solcher definiert. Er funktionierte dennoch zuverlässig, wohl auch aufgrund dessen, dass auf Erfahrungen und Beziehungen der letzten fünf Jahre aufgebaut werden konnte. Nach und nach intensivierte sich aber auch der Kontakt zwischen weiteren Mitgliedern des Klimastreiks und dem für die Arbeitskämpfe zuständigen Sekretär der Unia, der dem Klimastreik positiv gegenübersteht und dem linken Lager der Funktionär*innen zugeordnet werden kann.

Der Klimastreik kontaktierte den Sekretär kurz nach der Ankündigung der Personalversammlung. Durch die rasche Reaktion konnte eine Delegation des Klimastreiks an der Personalversammlung teilnehmen und eine Grussbotschaft übermitteln. Die bereits bestehenden Kontakte mit den Arbeiter*innen sind dank der des Klimastreiks Anwesenheit vertieft worden.

An der Personalversammlung wurde ein offener Brief an Martin Haefner, den Haupteigentümer von Swiss Steel / Steeltec, verabschiedet. In diesem fordert die Belegschaft die Aussetzung der geplanten Entlassungen, die Beantragung der Staatshilfen und ein Treffen zwischen Haefner

und der Personalkommission und den Gewerkschaften.

Haefner erteilte den Forderungen am 23. Januar in einem Zeitungsinterview eine Absage. Einen Tag später kündigte Swiss Steel an, am 17. Februar eine ausserordentliche Generalversammlung durchzuführen. Der Konzern plante die Aktiengesellschaft von der Börse zu nehmen. Der Entscheidung wurde in den Medien als Zeichen der Schieflage gedeutet.

Der Klimastreik mobilisierte für eine Protestaktion an die Generalversammlung und organisierte am 13. Februar in Luzern eine öffentliche Veranstaltung zu den Arbeitskämpfen in der Stahlindustrie. Für die Veranstaltung wurde auch ein Vertreter der Gewerkschaft Unia eingeladen.

An der Protestaktion der Gewerkschaften am 17. Februar beteiligte sich der Klimastreik mit einer Aktion. Das Transparent «Haefner muss bezahlen – keine Entlassungen bei Steeltec» wurde beim Stahlwerk montiert und erregte die Aufmerksamkeit der Belegschaft und Geschäftsleitung. Die Belegschaft selbst konnte durch die Gewerkschaften kaum für die Protestaktion mobilisiert werden. Es blieb bis anhin die letzte öffentliche Aktion der Gewerkschaften bei Steeltec Emmenbrücke. Die Entlassungen blieben, in reduzierter Form, bestehen.

Am 31. Mai 2025 endete die Frist, um die staatlichen Hilfen für die Stahlindustrie beantragen zu können. Am 20. Mai stellte, wie erwartet, Stahl Gerlafingen sein Gesuch. Am 28. Mai beantragte auch Swiss Steel / Steeltec, etwas überraschend, staatliche Unterstützungsmassnahmen.

Auf Bundesebene sind die staatlichen Hilfen bewilligt. Im

Herbst 2025 müssen noch die Parlamente der Standortkantone Solothurn und Luzern über die finanziellen Hilfen befinden. Die Gewerkschaften haben gegenüber den Kantonsparlamenten die Forderung gestellt, die finanziellen Hilfen trotz der Entlassungen bei Steeltec Emmenbrücke zu gewähren. Trotz dem unerwarteten Meinungswandel des Luzerner Regierungsrates, welcher sich als Reaktion auf Lobbying der Arbeitgeber*innenverbände letztlich gegen kantonale Hilfe für Steeltec Emmenbrücke positioniert hat, hat der Luzerner Kantonsrat dem Geschäft am 9. September 2025 zugestimmt. Auch im Kanton Solothurn sieht es gut aus, wenn auch die genaue Umsetzung der kantonalen Hilfen bzw. deren Umsetzung und Bedingungen für die Stahlwerke, in einer weiteren Runde entschieden werden. Die Zukunft der beiden Werke mit den bisherigen Entscheidungen sind also noch nicht entschieden – in die eine oder andere Richtung.

Bewertung und Fazit

In der Arbeit und der anschliessenden Reflexion bestätigte sich für den Klimastreik die Wichtigkeit davon, sich an Arbeitskämpfen zu beteiligen und die zentrale Bedeutung des Industriesektors. Dieser ist ein wichtiger Bestandteil von Ursache und Lösung der ökologischen Krise. Einerseits ist er, insbesondere historisch und global betrachtet, einer der Hauptverursacher der Klimakrise und muss deshalb ökologisch um- und teilweise auch rückgebaut werden. Andererseits ist der Industriesektor essentiell für den Aufbau einer Infrastruktur, die den Bedürfnissen von Mensch und Natur dient. Die in einem früheren Kapitel beschriebene Marktlage sorgt dafür, dass es in der Stahlindustrie, aber auch in anderen Teilen des Schweizer Industriesektors immer schwieriger wird, profitabel zu wirtschaften. Fragen der Dekommodifizierung^I und der Vergesellschaftung rücken ins Zentrum, wenn es darum geht, Entlassungen zu verhindern und die Wirtschaft ökologisch nachhaltig umzubauen.

^IDie Kommodifizierung ist der Prozess des "Zur-Ware-Werdens". Die Dekommodifizierung ist im Gegenteil davon der Prozess, etwas von einer Ware zu einem Gemeingut zu machen.

Als besonders anspruchsvoll erwies sich die Stahlindustrie in ihrer Komplexität differenziert zu erfassen. Insbe-

sondere das Stahlwerk in Emmenbrücke, mit seiner Spezialstahlproduktion und seiner internationalen Struktur, ist ohne Zugang zu internen Informationen oder zum Fachwissen der Arbeiter*innen schwer zu analysieren. So bleibt für uns beispielsweise unklar, welche Geschäftszweige profitabel sind und welche nicht. Um dem entgegenzuwirken, sollte der Klimastreik in Zukunft noch stärker seine Kontakte zu Arbeiter*innen, Gewerkschaften und solidarischen Wissenschaftler*innen zusammenbringen.

Durch die Beteiligung des Klimastreiks an den Arbeitskämpfen konnte Vertrauen zwischen Klimabewegung, Gewerkschaften und Industriearbeiter*innen aufgebaut und gestärkt werden. Die Klimabewegung hat dabei die Fähigkeit unter Beweis gestellt, Kämpfe um den ökosozialen Umbau der Wirtschaft erfolgreich mitgestalten zu können.

Die Stahlarbeiter*innen waren erstaunt über unsere Beteiligung, standen uns gleichzeitig grösstenteils offen gegenüber. Unsere Inhalte und kämpferische Perspektive lösten bei den Arbeiter*innen in einem positiven Sinne Fragen und Irritationen aus, die ihr Bewusstsein verändern und erweitern. Wir konnten mit unserer Präsenz zeigen und vermitteln, dass sich die Klimabewegung nicht gegen die Industrie per se und die darin angestellten Arbeiter*innen stellt, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion verändern will. Die Erfahrung dieser Solidarität veränderte die Einstellung der Arbeiter*innen gegenüber der Klimabewegung spürbar. Die beständige und konstante Präsenz lohnte sich, da ein Wiedererkennungseffekt entstand und es dadurch einfacher wurde, Kontakte zu knüpfen.

Gleichzeitig gestaltete es sich schwierig, langfristige Kon-

takte aufzubauen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Auf Seiten der Belegschaft erschweren straffe Arbeitsbedingungen, die starke Verunsicherung der Arbeiter*innen durch ihre Ungewissheit über die Zukunft der Werke und deren fehlende Kampferfahrung und Politisierung einen nachhaltigen Beziehungsaufbau. Auf Seiten der Klimabewegung mangelt es wiederum an Erfahrung und Fähigkeiten im Bereich des Organizings. Ausserdem fehlt dem Klimastreik bislang eine konkrete politische und ökonomische Perspektive, die den Stahlarbeiter*innen angeboten werden könnte. Weitere Schwierigkeiten waren, dass die Kontakte vor allem zu Einzelpersonen und nicht zu organisierten Arbeiter*innen bestanden. Diese hätten wir aber durchaus besser vernetzen können, was sich in der Analyse als Fehler herausstellte. Die Kontakte und Berührungspunkte zum Kampf blieben dadurch stärker an die Unia gebunden, als wir uns das erhofft hätten.

Diese band uns, anders als es in der Vergangenheit teilweise der Fall gewesen war, in den Arbeitskampf ein. Wir haben die Möglichkeit bekommen, hinter die Kulissen des Arbeitskampfes zu schauen, mit den Arbeiter*innen in Versammlungen zu diskutieren, konnten uns an den Kundgebungen in Gerlafingen, Emmenbrücke und Bern an die Belegschaft und die Politik wenden und hatten erleichterten Zugang zu Informationen.

Die Kontaktaufnahme mit den Arbeiter*innen der Stahlwerke macht deutlich, wie herausfordernd, aber auch wie wichtig solche Prozesse des Austauschs sind.

Grundsätzlich war sowohl bei Gewerkschaften wie Arbeiter*innen ein starker kapitalistischer Realismus^I spürbar. Weitergehende Aktionsformen, wie Streiks oder Betriebsbesetzungen, standen nicht auf der Agenda. Auf

^I Als kapitalistischer Realismus wird verstanden, dass andere Systeme und Logiken als diejenigen des Kapitalismus gar nicht erst vorstellbar sind.

inhaltlicher Ebene waren Forderungen, die über einen reinen defensiven Kampf hinausgingen, beinahe vollständig abwesend. Gründe dafür sind die Schwäche und fehlende Verankerung der Gewerkschaften im Industriesektor und die dadurch bedingte, in der Vergangenheit beinahe vollständige Abwesenheit von gewerkschaftlichen Kampfhandlungen.

Gründe für den kapitalistischen Realismus sind aber auch darin zu finden, wie die beteiligten Gewerkschaften aufgebaut sind und funktionieren. Diese verfolgen eine Strategie der Sozialpartnerschaft und streben es nicht an, die bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnisse grundlegend zu verändern, sondern unter gegebenen Umständen möglichst sichere und langfristige Erfolge zu erzielen. Gewerkschaften agieren heute meist stellvertretend für ihre Mitglieder oder für die Arbeiter*innen bestimmter Sektoren gegenüber den Unternehmensleitungen. Nur selten werden sie noch als Werkzeug wahrgenommen, mit dem Arbeiter*innen selbst aktiv werden können. Dementsprechend hat die Führung der Gewerkschaften kein grundsätzliches Interesse an Forderungen wie einer Vergesellschaftung und damit einhergehend einer Verlagerung der Entscheidungsmacht über die Produktion zu den Arbeiter*innen und der Bevölkerung. Stattdessen verfolgen Kampagnen wie jene in Gerlafingen oder Emmenbrücke das übergeordnete Ziel der Sozialpartnerschaft. Diese sozialpartnerschaftliche Neigung der Gewerkschaften wird einen Teil dazu beitragen, dass sie in der sich stark verändernden Volkswirtschaft immer mehr Mitglieder verlieren, während neue Branchen und Sektoren nur umständlich und langsam organisiert werden. Die Stahlindustrie zeigt, wie eine auf den Status quo gestützte Kampagnen Logik sich schlecht mit den langfristigen Interessen der Arbeiter*innen verträgt.

Das sind aus unserer Sicht Gründe, wieso die Konfrontation mit den Eigentümer*innen nicht stark gesucht wurde und stattdessen vor allem an den Staat appelliert wurde. Ein weiterer Grund für dieses Vorgehen war, dass die Stahlwerke in diesem Moment de facto keinen Profit machten und somit ein zentraler Machthebel der Gewerkschaften, die Produktivität zu stören, eingeschränkt war. Der Fokus auf ökologische Argumente war ein weiteres taktisches Mittel für die Gewerkschaften. Die Mitwirkung der Klimabewegung war in diesem Kontext attraktiv, weil sie half, diese Argumente zu legitimieren. Inwiefern Gewerkschaften sich ehrlich für ökologische Forderungen interessieren oder ob sie vor allem ein instrumentelles Verhältnis zu diesen einnehmen, ist schwierig abschliessend zu beurteilen und unterscheidet sich wohl auch je nach politischer Ausrichtung der einzelnen Sektoren und Sekretär*innen.

Innerhalb des Klimastreiks gab es viel Wohlwollen und Verständnis für die Kampagne. Gleichzeitig beteiligten sich nur sehr wenige Menschen aktiv daran. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass diese Form der Praxis für den Klimastreik noch relativ neu ist – und daher zunächst abschreckend und überfordernd wirkt. Die wenigen aktiven Menschen waren stark ausgelastet und haben es dadurch auch verpasst, interessierte Menschen aktiver einzubinden. Ein weiterer Grund ist, dass die Klimabewegung – und mit ihr auch der Klimastreik – generell schwächelt. Zwar konnte sich der Klimastreik mit seiner Arbeit durchaus profilieren, doch abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen führte das aber nicht dazu, dass neue Menschen für die aktive Mitarbeit gewonnen werden konnten. Die Schwäche der Klimabewegung und insbesondere die schwache Koordination ist auch international zu spüren und hatte

Auswirkungen auf die Kampagne. So versuchten wir Kontakte zu Gruppen in der Nähe der von den Entlassungen bei Swiss Steel betroffenen Werke in Deutschland und Frankreich aufzubauen, um dem international agierenden Konzern auch über Grenzen hinweg begegnen zu können. Das scheiterte für den Moment, soll aber in Zukunft noch konsequenter vorangetrieben werden.

Mit der Beteiligung an den Arbeitskämpfen in der Stahlindustrie sammelte der Klimastreik konkrete Erfahrungen in einer Praxis die seit Jahren diskutiert, aber selten konkret umgesetzt wurde. Im Arbeitskampf sollen politische Forderungen mit unmittelbaren materiellen Interessen verknüpft werden. Zentral ist dabei die Forderung nach echter Mitbestimmung der Arbeiter*innen über Inhalte und Ausrichtung, wie sie bei der Vergesellschaftung der Stahlwerke verwirklicht werden könnte. Unsere Beteiligung diene somit einerseits dem konkreten Anliegen, aber andererseits dem Aufbau von Beziehungen. Die Strategie sollte in der Praxis etabliert werden, um eine langfristige Gegenmacht und damit die Durchsetzung unserer Forderungen zu ermöglichen. Wir möchten deshalb Erkenntnisse für diese Strategie gegenüber der Klimabewegung teilen.

Unser Einfluss auf den Kampf bestand vor allem darin, die mediale Wahrnehmung mit zu beeinflussen und die Arbeiter*innen durch unsere Anwesenheit ermutigen zu können. Den grundsätzlichen Rahmen des Kampfes konnten wir aber nicht beeinflussen und verändern. Es stellt sich die Frage, ob wir das mehr gekonnt hätten, hätten wir autonom offensivere und disruptivere Taktiken gewählt. Dabei besteht immer das Risiko, Akteuer*innen des Arbeitskampfes, z. B. die Personalkommission, gegen sich aufzubringen und so sich und dem Kampf zu schaden.

In Zukunft sollte aber eine offensivere Wahl der Taktiken zumindest diskutiert und dabei die Chancen und Risiken sorgfältig abgewogen werden.

Organisierte Teile der Klimabewegung wurden durch unsere Arbeit gut erreicht. Klassische Sympathisant*innen der Klimabewegung, oftmals eher frisch politisierten Gymnasiast*innen und erwachsenen Akademiker*innen, wurden eher schlecht erreicht. Diese Gruppen werden weniger durch konkrete Ereignisse und Auseinandersetzungen mobilisiert, sondern durch eine generelle Sorge um die Welt. Zudem unterscheidet sich ihre Lebensrealität von der von Stahlarbeiter*innen oftmals deutlich. Dadurch wirkt ein solcher Kampf für dieses Publikum recht abstrakt und fern. Dafür stiess die ungewohnte Praxis des Klimastreiks bei anderen Gruppen auf deutlich erhöhte Aufmerksamkeit. Das waren einerseits Medien, Parteien und andere staatsnahe Institutionen. Dies lässt sich mit dem parlamentarischen Rahmen, in dem sich der Arbeitskampf zu einem gewissen Teil abgespielt hat, erklären. Andererseits wurden aber auch Teile der älteren und weniger urbanen Bevölkerung, die noch einen stärkeren Bezug zur Industrie in der Schweiz hat, angesprochen, was der Klimabewegung ansonsten sehr selten gelingt. Darauf schliessen lassen Gespräche an Demonstrationen, aber auch Kommentare unter diversen Medienberichten. Dies zeigt das Potenzial dieser Strategie.

Inwiefern es mit dieser Kampagne gelang, einen nachhaltigen Beitrag zu einer Machtverschiebung zu liefern, wird die Zukunft zeigen. Die Kämpfe hatten keinen progressiven, sondern einen rein defensiven Charakter, weil es um den Erhalt des Status quo und gegen (ökologische) Verschlechterungen ging. Solche defensiven Kämpfe zu Auseinandersetzungen zu machen, in denen der Status

quo verbessert werden soll, bleibt eine Herausforderung, für die wir bisher keine Patentlösung gefunden haben. Die Frage, wie solche isolierten Kämpfe verbunden und zugespitzt werden können, wird uns ebenfalls weiter beschäftigen.

Sicherlich können wir uns bei zukünftigen Auseinandersetzungen in der Stahlindustrie aber aus einer anderen Position und mit einer anderen Selbstverständlichkeit beteiligen. Wir haben zudem Erfahrungen zur konkreten Ausgestaltung einer solchen Beteiligung gesammelt, an die wir anknüpfen können. Der Klimastreik hat gezeigt, dass er solche Kämpfe positiv beeinflussen kann. Dadurch verbesserte sich seine Position gegenüber Gewerkschaften und Arbeiter*innen, was die Zusammenarbeit in Zukunft attraktiver macht. Ausserdem wurden Beziehungen zu einzelnen Personen aufgebaut, die auch langfristig genutzt werden können, und es fand eine inhaltliche Weiterentwicklung der Positionen zur sozial-ökologischen Industriepolitik statt.

In der inhaltlichen Klarheit sehen wir aber auch eigene Schwächen. Die Vergesellschaftung wurde kein ernsthafter Bestandteil des Kampfes. Ein Grund dafür ist, dass wir in diesem Bereich zu abstrakt und unklar geblieben sind. Es ist nicht gelungen, diese Forderung gegenüber denjenigen nach reiner staatlicher Hilfe klar abzugrenzen und zu positionieren. In Zukunft müssen wir sowohl als Klimastreik als auch in der Zusammenarbeit mit den Arbeiter*innen konkrete Vorschläge dazu machen, wie eine Demokratisierung der Produktion aussehen könnte. Nur so kann die Verwaltung durch Arbeiter*innen und Bevölkerung in den Köpfen aller Beteiligten zu einer realen Möglichkeit werden, für die es sich zu kämpfen lohnt. Auch abgesehen von der Vergesellschaftung müssen wir

klarer darin werden, wie wir uns eine Umgestaltung der Produktion konkret vorstellen.

Eine weitere Erkenntnis sehen wir in der Vorbereitung auf mögliche Arbeitskämpfe. Wir haben stark davon profitiert, bereits eine inhaltliche Basis und Kontakte gehabt zu haben, an die wir anknüpfen konnten. Das Wichtigste ist aber, sich zu trauen, in diese Kämpfe zu intervenieren. Denn die grösste Weiterentwicklung geschieht dort, wo Kämpfe real miterlebt und mitgestaltet werden – und nicht am Schreibtisch.

Ausblick

Aufgrund der Situation der globalen und nationalen Stahlindustrie sind die nächsten Arbeitskonflikte dort nur eine Frage der Zeit. Auf diese spätestens mittelfristig anstehenden Auseinandersetzungen muss sich der Klimastreik vorbereiten, um diese noch stärker prägen zu können. Die politischen Geschäfte zu den Staatshilfen sind zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Broschüre bei der kantonalen Politik. Mobilisierung und Politisierung ist eine kontinuierliche und langfristige Arbeit und sollte sich nicht auf gravierende Massenentlassungen reduzieren. Schliesslich ist es sinnvoll, die Verbindung mit Arbeiter*innen und Gewerkschaften zu erhalten, um gemeinsam Erfahrungen in den Kämpfen zu machen. Die Klimabewegung muss Teil der Mobilisierung der Arbeiter:innenbewegung bleiben, um sozialpolitische, industriepolitische und klimapolitische Fragen zusammenzubringen. Jede Erfahrung in diesem Bereich bringt uns weiter, selbst wenn die konkrete Auseinandersetzung nicht erfolgreich war.

Aktuell bringt sich der Klimastreik in die Verhandlungen

um den Gesamtarbeitsvertrag des Bauhauptgewerbes, den Landesmantelvertrag, ein. Ziel ist es, die Bauarbeiter*innen kennenzulernen und ganz praktisch in ihren Kampfhandlungen zu unterstützen, aber auch die Verhandlungen zu einem gesellschaftspolitischen Anliegen zu machen. Nebst den klimarelevanten Verhandlungspunkten wie die Reduktion der Arbeitszeit, ist es das Ziel, mittel- und langfristig auch auf die eingegangenen Beziehungen aufbauen zu können. So können weitere Kämpfe um eine soziale und ökologisch nachhaltige Transformation des Bausektors geführt und gewonnen werden.

Wir wollen weiter Teil dieser Kämpfe bleiben, mit einer klaren Perspektive: die einzige Lösung, die der gegenwärtigen Krisenhaftigkeit der Stahlindustrie gerecht werden kann, ist, dass die Stahlproduktion keinen Profit mehr generieren muss. Weder die betriebswirtschaftliche Strategie der Betreiber*innen von Steeltec Emmenbrücke und Stahl Gerlafingen, noch Parlament oder Regierung bieten eine überzeugende, langfristige Strategie. Rettungspakete des Parlaments und der Kantone sind zwar bitter nötig und enthalten wichtige Bedingungen wie den Standorterhalt, sie beschränken sich aber letztlich auf die Sicherung der Profitabilität der Werke über finanzielle Entlastung. Dies ignoriert die breiteren Implikationen der Überproduktionskrise und der Umbrüche in den Absatzmärkten, welche geschildert wurden. Dies folgt der Logik der Vergesellschaftung von Verlusten, wobei bei günstigen Marktbedingungen in der Zukunft die Gewinne privatisiert bleiben.

Die Frage von Schliessung und Stellenstreichung wird sich in der nächsten Krisenperiode notwendigerweise wieder stellen, weil die Interessen der Betriebsführung an Profitstreben gebunden ist. Die Stahlindustrie muss deshalb

dem Markt entzogen und als Service public betrachtet werden, wie wir das während unserer ganzen Beteiligung am Arbeitskampf forderten. Für diese Perspektive werden wir weiter streiten und kämpfen müssen. Denn nur eine solche Vergesellschaftung der Stahlindustrie ist nachhaltig dazu fähig, die sozialen Interessen der Arbeiter*innen und die ökologischen Interessen der Gesellschaft zu befriedigen. Zwar vertritt der Klimastreik die Position, notwendige Produktion und Infrastruktur zu vergesellschaften schon lange und konsequent, hat es aber bisher nicht geschafft, eine Praxis dazu zu entwickeln. Hier ist die Klimabewegung gefragt, das Thema der Vergesellschaftung konkret und lebensnah in all ihren Aktivitäten zum Ziel zu machen und Wege zu finden, wie solche Formen der Vergesellschaftung erkämpft werden können.

In Kombination mit der Vergesellschaftung der Stahlproduktion muss auch ihre Umgestaltung viel stärker ins Zentrum rücken. Wenn weniger Stahl produziert werden soll – sei es aus wirtschaftlichen Gründen, wie bei den Entlassungen im Herbst 2024, oder aus ökologischen Gründen – dann sollte die freiwerdende Produktionskapazität für ökologisch nachhaltige und der Gesellschaft dienende Produkte genutzt werden. Das aktuell bekannteste Vorbild dieser Praxis ist in Europa das Collettivo di Fabbrica. Dieses begegnete der Schliessung ihres Betriebs, der Teile für die Automobilindustrie produzierte, mit der Besetzung der Fabrik und der Forderung nach einer ökologischen Produktion. Als weiteres Beispiel kann die baskische Gewerkschaft LAB genannt werden, die mit einem Konversionsplan, die Schliessung des Automobilzulieferers Mecaner zu verhindern versuchte, aber nicht erfolgreich war. Mit diesen Kämpfen und Plänen müssen wir uns vertiefter beschäftigen, um das Wissen daraus für die hiesige Situation nutzen zu können.

Unsere Aufgabe ist es einerseits, die Perspektive der Konversion¹ bei Arbeiter*innen und Gewerkschaften populär zu machen. Dafür können uns die Kontakte zur internationalen Klimabewegung und den oben beschriebenen Leuchtturmprojekten dienen. Andererseits ist es auch an uns, diese Frage noch breiter zu politisieren und eine Bewegung rund um die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen aufzubauen.

¹ Konversion bedeutet Umstellung der Produktion. Der Begriff bezeichnete ursprünglich die Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion, wird nun aber auch für die Umstellung von klimaschädlicher zu klimafreundlicher Produktion benutzt.

Perspektivisch müssen die Kämpfe in den verschiedenen Sektoren zugespitzt und verbunden werden, um die dringend notwendige ökologische Transformation der Wirtschaft herbeiführen zu können. Denn diese kann nur als Ganzes gelingen, indem industrielle Kreisläufe dem Markt entzogen und ökologisch umgebaut werden. Weitere Überlegungen dazu hat der Klimastreik auch bereits im Artikel “Wohin bewegt sich die Stahlindustrie?” vom 6. Januar 2025 veröffentlicht. Erste Schritte in diese Richtung sind bereits geschehen. Die Unia hat im Herbst 2024 die Forderung aufgestellt, die Auflagen für die Nachhaltigkeit von Baumaterialien zu verschärfen. So sollte erreicht werden, dass die nachhaltigen Armierungseisen von Stahl Gerlafingen nicht durch emissionsintensiveren Stahl konkurriert werden. Damit wird zwar nicht mit der Marktlogik gebrochen, aber es wird stärker geplant.

Jegliche Schritte in diese Richtung können aber nur mit einer organisierten und starken Bewegung erreicht werden. Der Klimastreik braucht jede Person, die sich für eine Infrastruktur einsetzen möchte, die Mensch und Natur dient – und nicht dem Profit.

I M P R E S S U M

**Veröffentlicht durch:
Klimastreik Schweiz**

1. Auflage: Oktober 2025

**Auflage:
300 Exemplare**

**Druck:
Druckerei Reitschule**

**info@climastrike.ch
www.climatestrike.ch**